DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

DEZEMBER 12 / 92

Dieser Beitrag wurde 10 Tage vor Mölln geschrieben:

GG-Grundrechte sind demokratisch – sind antifaschistisch

Jeder Realpolitiker weiß, wenn der Art. 16 (Asyl) GG geändert oder gestrichen werden sollte, wird nicht eine Ursache beseitigt, die Menschen zur Flucht aus der Heimat veranlassen. Art. 16 ist einer von 19 Grundrechten des GG, die nicht oder nur mit 2/3 Mehrheit geändert werden dürfen. Nach der Bremer Landesverfassung, die 2 Jahre älter ist als das GG, darf ein Grundrecht nur einstimmig geändert werden. Damals, 1947 und noch 1949, saß der Schrecken von 12 Jahren Faschismus - den man in Deutschland immer noch Nationalsozialismus nennt - noch sehr tief. Die Grundtendenz war antifaschistisch. Der deutsche Faschismus erlaubte keine andere politische, rassische oder andere Auffassung als die der Nazi-Bewegung. Die Grundtendenz, die Hitler in anderen nationalen und den Wirtschafts-Verbänden bis 1933 vertreten hat, lautete: Er sei gegen den jüdischen Bolschewismus, wer nicht für ihn sei - rassisch und politisch - werde ausgerottet.

Diese Grundlinie hat die Nazipartei übernommen und der Staatsapparat konsequent durchgeführt.

Ab 28. Februar 1933 (KPD-Verbot) wurden politische Parteien und ihre Kultur- und Sportorganisationen verboten oder gleichgeschaltet wie die Gewerkschaften am 2. Mai 1933.

Jedes Verbot und jede Gleichschaltung war mit Massenverhaftungen verbunden. Die Verfolgung der Juden begann mit dem staatlich angeordneten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Am Ende stand die planmäßige industrielle Vernichtung.

Und jegliche politische, selbst Zusammenkünfte in Wohnstuben wurden bestraft. Das politische und gesellschaftliche Leben fand nur noch in angeordneten Appellen statt.

16 Millionen Frauen und Männer, selbst Kinder, wurden in Lager eingebracht. Davon haben 11,8 Millionen, einschließlich 6 Millionen Juden, nicht überlebt.

Dabei sind nicht eingerechnet die von den Sondergerichten und Volksgerichten zum Tode Verurteilten, die Zahl muß noch ermittelt werden. Ein besonderes Kapitel ist das der Feldrichter, wovon nicht einer angeklagt wurde.

Diese haben nach neuesten Erkenntnissen 50.000 Soldaten zum Tode verurteilt. Aus diesem Inferno sind 600.000 (oder 800.000) Deutsche ins Ausland geflohen, haben Asyl gesucht. Die Aufnahme dieser Deutschen in der Fremde war unterschiedlich. Bekannt ist die Tragödie mit dem Schiff voll jüdischer Frauen, Männer und Kinder, das nach der Reichspogromnacht Deutschland verlassen hatte. Nach einer Irrfahrt landeten die Insassen wieder hier. Diese nur angerissenen Tatsachen sind der Hintergrund für die konkret verfaßten Grundrechte im GG. Trotzdem diese nicht angetastet werden dürfen, haben die Väter des GG noch zusätzliche Bremsen eingebaut.

So heißt der Art. 18 GG.:" Wer--- das Asylrecht (Artikel 16 Abs. 2) zum Kampf gegen die freiheitlich, demokratischen Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte ---" (FDGO)

Hier und heute geht es doch darum: Wer den Art. 16, 2 GG dazu mißbraucht, das Asylrecht einzuschränken oder zu beseitigen, der führt den Kampf gegen die FDGO. Wenn der Artikel 16 GG in seinem grundsätzlichen Inhalt verstümmelt wird, so soll der Art. 19 "reformiert" werden. Der Art. 19 GG Abs. 2 sagt eindeutig:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden".

Die maßgeblichen Politiker der CDU/CSU sind bestrebt, die antifaschistischen Grundrechte mindestens erstmal zu verstümmeln. Offensichtlich hat die Welle der Brandanschläge und Terrorakte gegen Asylsuchende sowie gegen antifaschistische jüdische Gedenkstätten, Mahnmale und Friedhöfe bewirkt, daß maßgebende F.D.P und SPD-Politiker den Standtpunkt verlassen haben:

Das Grundrecht auf Asyl ist wie alle Grundrechte unantastbar.

Willy Hundertmark

N.B. Artikel 20, 4 GG fordert den öffentlichen Widerstand gegen den Verletzer der Grundrechte.

VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN

..bevor der Festtagstrubel überschwappt ...

Einladung **an alle Kameradinnen und Kameraden, Freundinnen und Freunde zur**

Jahres-Abschlußfeier **am 5.12.92, um 15.00 Uhr in der Begegnungsstätte Haverkamp**

Rückblick – Ausblick (wer backt Kuchen? wer spendet was?)
Kaffee – Kuchen Achtung-fertig-los: ALLE AN DECK.
Klönschnaek Kultur

(GV)

VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN VVN

Wider das Verdrängen und Vergessen,

war das Motto des VVN Gedenkstättenkongresses am 6.-8.11.92 in Braunschweig. Die Teilnehmerzahl übertraf alle Erwartungen. Kernpunkte unseres Verständnisses von Gedenkstättenarbeit sind die Erhaltung aller Gedenkstätten, auch der kleinen vor Ort, ihre Erforschung, sie zu Stätten internationaler Begegnung zu machen, an denen aller Opfer gedacht wird. Keinen Kompromiß kann es geben mit Vorstellungen, Gedenkstätten in Kultstätten der Totalitarismustheorie umzuwandeln. Dies wäre eine zweite Verfolgung der Opfer. Auf solche Versuche, die Geschichte einzuebnen, wies Esther Bejerano in ihrer Eröffnungsrede hin. Gegen den einhelligen Protest der verschiedensten Widerstandsorganisationen, die Zentralräte der Juden, der Sinti und Roma, gegen nationalen wie internationalen Protest scheint die Landesregierung von Brandenburg gewillt, die Nachkriegsinternierungslager mit den Konzentrationslagern gleichzusetzen. Sachsenhausen zeigt, daß es um antikommunistische Mahnmale auf dem Lagergelände geht.

Niedersachsens Europa- und Bundesminister Trittin erinnerte an die mahnenden Worte des Philosophen Santayana:"Wer der Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie neu zu durchleben." Aktive Erinnerung vor Ort sei die Aufgabe der Gedenkstätten, vor allem durch die Erinnerung der Opfer selbst. Am beeindruckendsten war die Rede Edgar Bambergers vom Dokumentations- und Informationszentrum der Sinti und Roma in Heidelberg. Pogrome fangen in den Köpfen an, Verachtung anderer Volksgruppen durch Verachtung ihrer Kultur. Großer Nachholbedarf besteht beim Erinnern an die systematische Endlösung der anderen Gruppe rassisch Verfolgter, der Sinti und Roma. Angst bei den Überlebenden dieses Holocaust wird durch die Medien geschürt, die Sinti und Roma erneut zu Opfern macht. Kurt Pätzold schätzte, daß die Bedeutung des 9. November 38 (als Übergang zur forcierten Vertreibung aller Juden aus Deutschland) - mit dem schwindenden Bewußtsein für eine Verantwortung in der Zukunftsgestaltung - mehr und mehr durch den 9.11.89 beseite gedrängt wird. Wichtig für die Gedenkstättenarbeit sei, mehr vom Leben der Verfolgten und Opfer vor der Verschleppung in KZ zu vermitteln, um ein Gefühl weiterzugeben für das, was durch dieses System zerstört wurde im Menschen. Große Sorge um die Erstarkung Deutschlands sprach aus den Worten Leo van Wessens. Keinesfalls dürfe der Charakter der KZ vermischt werden mit dem von Internierungslagern. Alfred Nobel mahnte vor einer Flucht aus der Verantwortung. In einem beeindruckenden Diavortrag vermittelte er die emotionale Seite der Gedenkstättenarbeit, anhand der Schilderungen eines russischen Kriegsgefangenen in Bergen Belsen.

Raimund

9. November 1992

Sie war eindrucksvoll und würdig, die Veranstaltung um 13.00 Uhr am Denkmal für die am 9. und 10. November 1938 in Bremen ermordeten jüdischen Frauen und Männer.
Um 18.00 Uhr fanden in Bremen wie in ganz Deutschland weitere würdige Kundgebungen zum Gedenken an den Holocaust statt. Nur in Rostock (nur?) schlugen 40 Neonazis mit Baseballschlägern auf Frauen und Männer ein, die am Gedenken teilgenommen hatten.
Die Neonazis deokumentierten damit erneut:
Sie achten die Würde der Menschen ebenso wenig wie die Altnazis in der Zeit von 1933 - 45.
Dies ist die Spur der Altnazis:
Erst brannte der Reichstag, dann die Bücher, dann die Synagogen und dann brannten die Menschen.
Darum sagten die Väter des GG:
Punkt 1 muß sein und bleiben,

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Die Mehrheit der 350.000 Frauen und Männer forderte am 8. Nov. 92 in Berlin:
Artikel 16, das Menschenrecht auf Asyl muß bleiben. Dieser Wille der Mehrheit wurde geschändet.
Wir fragen uns, wer ist daran interessiert, Veranstaltungen zur Verteidigung der Würde des Menschen umzufunktionieren?
Wir fragen uns, wer wollte nicht deutlich werden lassen, daß die Mehrheit sagt, wer an den Grundrechten bastelt, bastelt an der Demokratie. Was soll ein Sonderrecht:
Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist nach Artikel 16,2 sowieso garantiert. Und die Flüchtlingskonvention ist internationales Recht.
Es gilt, die Grundrechte des GG zu verteidigen, das ist antifaschistische Aufgabe.
Bremen, den 11.11.1992

ViSdP. Willy Hundertmark

Staatsnotstand,

verkündete Helmut Kohl auf dem CDU-Parteitag, werde eintreten, falls die SPD sich nicht an der Zerstörung des Artikels 16 GG beteiligt. Die Regierung könne die Verfassung auch mit einfacher Mehrheit verändern, dann riskiere er eben den Gang zum Bundesverfassungsgericht. Ist das nur so eine Floskel, der Staatsnotstand? Die Töne wurden nach heftigen Worten aus den Reihen der SPD und FDP verhaltener. Unser Grundgesetz kennt den Gesetzgebungsnotstand, falls sich Bundestag und Bundesregierung nicht einig werden. Aber da darf die Verfassung nicht geändert werden. Und die SPD ist noch nicht Regierung, sondern Opposition. Die Notstandsgesetze gelten jedenfalls auch nur, falls die Parlamente nicht rechtzeitig zusammentreten können, weil sie durch äußere Einwirkung darand gehindert werden. Was also bleibt? Ein Putsch (!), etwas anderes kann ein Begriff wie Staatsnotstand nicht bede[illegible]ten.

1929 hatte der Übergang zu den Präsidialdiktaturen eingesetzt mit einer Diskussion zwischen Reichswehr und Zentrumspartei, in Person General Schleicher und Brüning über eine Unterstützung der Reichswehr, "für eine große aufbauende Politik". Ein Jahr später verhandelte Brüning insgeheim mit Hitler über Formen der Opposition als "Voraussetzung für ein späteres Zusammengehen". Ziel dieser Gespräche sollte es sein, Deutschland so zu rüsten, daß es "seinerseits jederzeit (inder Lage war), die Weltbühne zu benutzen, um durch sie einen Druck auf alle übrigen Mächte auszuüben."

Bonn ist nicht Weimar, die Neofaschisten keine Massenpartei, die Wirtschaft bedeutender als 1930. Wa[illegible] aber blieb der bayrische Ministerpr[illegible]sident Streibl so demonstrativ in Berlin fern? Haben Pläne der Verfassungskommission, die Grundrechte zeitgemäß zu frisieren, doch tiefergehende Aussagekraft? Sollten vielleicht die Grundrechte auf Regierungstauglichkeit überprüft werden? Sind die Ereignisse am 8.11. in Berlin so gesehen mehr als ein Zufall? Wer hat denn geworfen, und wer hat es zugelassen? Für mich allerdings macht es wenig Sinn, eine Machtprobe mit einem solchen Staatsapparat herauszufordern, der am 8. November zumindest ansatzweise eine Grenzlinie zum Faschismus ziehen sollte. Ich halte dies für eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr und eine Überschätzung des Bewußtseins unserer Bevölkerung.

Raimund

Rechtsradikalismus, linke Bewegung damals und heute

Mit der Zertrümmerung der Scheiben des Büros der VVN-BdA Bremen e.V. (BAF 2/92) begann die Serie von 1.300 Gewaltverbrechen der Neonazis in der BRD.

300 Überfälle endeten mit z.T. Schwerverletzten und 10 Ermordeten. Mit 3 Ermordeten waren auch Angehörige der Bundeswehr beteiligt. Der Inspekteur General Helge Hansen rügte die Rechtsextremisten und forderte mehr demokratische Erziehung.

Der Aufmarsch der Neonazis mit Hakenkreuz - Kriegsflaggen und die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung veranlaßt viele Frauen und Männer zu fragen: Wie war das eigentlich vor 1933? Hier einige "Vergleiche":

Damals wurde Deutschland, wie die Welt, von einer Krise geschüttelt. Von 1928 bis 1932 wurden 55 % der Arbeitsplätze abgebaut.

Damals wurde im März 1930 die Hermann Müller-Regierung durch Hermann Brüning abgelöst. Im Juni 1930 lehnte der Reichstag eine Gesetzesvorlage ab, mit der die Leistungen für Arbeitslose, Sozialempfänger und die Löhne abgebaut werden sollten. Darauf löste Reichspräsident Hindenburg den Reichstag auf und ernannte das Brüning-Kabinett zur Präsidialregierung und diese setzte per Notverordnung das abgelehnte Gesetz in Kraft.

Bis 1933 wurde nur per Notverordnung "regiert".

Heute werden Kürzungen sozialer Leistungen und Eingriffe in die Tarifhoheit durch Reformen und Kompromisse durchgesetzt.

Damals vor 1933 wuchs der Einfluß der Rechtsradikbesonders der Faschisten, die sich Nationalsozialisten nannten.

1928 zog die NSDAP (Nazipartei) mit 12 Abgeordneten in den Reichstag. Am 14.9.1930 mit 113, am 31.7.32 = 240 und am 6.11.32 = 196. Ab 1931 sezte die Nazipartei ihre SA (Sturmabteilung) zum Terror gegen Arbeiterviertel ein. In ihren Versammlungen konnte nur in der Diskussion gesprochen werden, wenn die gestellte Frage mit "Ja" oder "Nein" beantwortet wurde.

Damals gab es noch rechtsradikale Org., die stärkste war der Stahlhelm, deutschnational und stramm militärisch.

Am 11./12. Oktober 1931 schlossen sich in der Harzburger-Front alle rechtsradikalen Org. unter Federführung der NSDAP zusammen. Der Stahlhelm wurde 1933 in die SS der SA eingegliedert. 1934 wurde die SS eine selbständige Org. . Der Stahlhelm war bis 1933 offiziell nicht antisemitisch, aber als SS stand sie fest zur Grundlinie der Nazis.

Linke Bewegung damals und heute

Damals hatte die linke Bewegung 3 Punkte, die Hoffnung machten:

- Gemeinsamer Beschluß von SPD und KPD im Juni 1922 für ein Republik-Schutzgesetz. Grund: der Mord an Außenminister Rathenau.

- Abkommen von SPD und KPD für einen gemeinsamen Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung im März 1926.

- Gemeinsame Haltung gegen den Bau des Panzerkreuzers A. Als die Hermann Müller-Regierung 1928 den Bau des Panzerkreuzers A beschloß, begann die Auseinandersetzung zwischen und in den Arbeiterparteien.

Damals war die Staatsgewalt auf dem rechten Auge blind.

Heute gibt es Staatsorgane, die den Neofaschismus-Rechtsextremismus observieren, aber keine, die Taten folgen lassen (siehe Rostock).

Damals hatte die linke Bewegung das Reichsbanner und den Roten Frontkämpferbund, der 1929 verboten wurde, dafür wurde der Kampfbund gegen den Faschismus gegründet.

Damals gab es den ADGB, christliche und liberale orientierte sowie eine Angestellten-Gewerkschaft. Außerdem gab es eine starke Kultur- und Sportbewegung und eine große Arbeitslosen-Bewegung, die von freigewählten Ausschüssen geführt wurden.

Damals fand die linke Bewegung keinen gemeinsamen Nenner. Gemeinsam trafen sie sich dann alle im KZ, Zuchthaus und unter dem Strang.

Heute, das heißt, 1945/46 hat die Erfahrung von 12 Jahren Faschismus und Krieg eine gemeinsame Gewerkschaftsbewegung geschaffen.

Das Prinzip heißt: Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif.

Heute ist die linke Bewegung keine Einheit. Die Friedensbewegung bewegt sich in vielen kleinen Aktionen, wobei die DGB-Gewerkschaften mehr tun könnten. Im Kampf gegen den Neofaschismus haben die IGM und die Medien-Gewerkschaft jetzt gute Beschlüsse gefaßt. Die autonome Bewegung z.B. in Bremen kann schnell Demonstrationen organisieren (Beispiel 4. Okt. 91 oder 1. Sept. 92). Das ist zwar gut, aber reicht nicht.

Die VVN wurde März 1947 in Frankfurt/Main für ganz Deutschland gegründet. Bei der Gründung kannte man keine Parteien und religiöse Ausgrenzung.

Trotzdem kann **Damals und Heute** nicht einfach verglichen werden.

Damals wurde die rechtsradikale Szene, aber besonders die Hitlerbewegung, bekanntlich von Finanz und Industrie-Kapital finaziell gefördert.

Heute hat der rechte Rand und besonders der Neofaschismus eigene "Quellen".

Die offensichtlich größte Quelle sprudelt durch die Organe "Nationalzeitung" und "Deutscher Anzeiger" des Dr. Frey-Vors. der 1971 gegründeten DVU. 1972 gründete Herr Frey den "Nationalen Rat" NR), in dem alle Neogruppen vertreten sind.

Vor der NPD, DVU hat die SS bereits den Neofaschismus gepflegt. Vor 1949 gab es schon Kameradschaftstreffen. 1952 wurde die HIAG gegründet, die alle SS-Einheiten erfaßt, angeblich zur Vermißtensuche.

In den letzten 20 Jahren finden die SS-Treffen unter ihren alten Regimentsnamen statt.

Zur HIAG gehört die "Stille Hilfe", die die angeklagten Nazigrößen und ihre Familien unterstützt. Angeklagt wird seit dem 1.1.1980 nur noch wegen Mord.

Nach den Angaben des Dokumenten-Center in Ludwigsburg lebten 1991 noch 3.948 Nazigrößen, die wegen Mord verurteilt werden müßten. Die "Stille Hilfe" lebt von den Spenden dieser Herren. Diese Org. ist offensichtlich mit Dr. Freys "NR" liiert. So ist heute der Bremer Privenau (FAP), Schriftleiter des Organs "Stille Hilfe".

Heute hat der NR eine offensichtlich zentrale Leitung beim Aufbau neofaschistischer Org., besonders in den neuen Ländern, bei der Gründung der neuen "Deutschen Alternative" (D.A.)

Michael Kühnen (FAP-Langen) war schon vor der Wende in der DDR tätig. (1991 gestorben), Frank Hübner gründete den DA-Landesverband Thüringen. H. wurde 1984 in der DDR wegen der Gründung einer Wehrsportgruppe verurteilt. 1985 freigekauft.

Die FAP-Bremen ist ebenfalls im Osten aktiv, ihr Privenau wirkt offensichtlich mehr im Hintergrund. Im Hintergrund wirkt auch Christian Worch, Hamburg, und Mecklenburg-Vorpommern, in Rostock als Vors. der DA-Landesorganisation tätig.

Fortsetzung nächste Seite, unten links

Der Eklat von Rostock.

"Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens? Ihre Heimat ist Israel? Ist das richtig so?

Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?

Diese Frage stellte ausgerechnet der Vorsitzende des Innenausschusses der Rostocker Bürgerschaft K.H. Schmidt, CDU.

Die vorweggenommene Qualifizierung. Du bis Jude, damit kein Deutscher, damit billigst Du mindestens die dortigen Auseinandersetzungen.

Das ist genau die Sprache der Rechtsextremisten, der Alt- und Neonazis. Du bist gegen die Brandanschläge auf Heime von Asylanten, also bis Du kein Deutscher. Und Du bist gegen die Niederbrennung der Dokumentenhalle in den KZs, Sachsenhausen, Ravensbrück, dann bist Du Antifaschist, damit kein Deutscher. Und Du bist gegen die Verwüstung der Friedhöfe und für KZ-Häftlinge wie in Überlingen, dann bist Du Antifaschist, damit kein Deutscher.

Oder bist Du gegen die Anschläge auf antifaschistische Gedenkstätten, Denk- und Mahnmale in Ost und West, dann bist Du ein unverbesserlicher Antifaschist und damit kein Deutscher. Die Rechtsextremisten und Faschisten haben schon immer ihre Niederlagen als Siege gefeiert und das deutsche Volk hat die Feiern bezahlt.

NOTSTANDSRECHT IST UNDEMOKRATISCH

Fortsetzung „Rechtsradikalismus ..."

Inzwischen gibt es auch Landesverbände in Niedersachsen, Sitz in Celle, in Rheinland-Pfalz, Sitz in Mainz.

Die Kampagne der CDU/CSU gegen den Artikel 16 hat einerseits die Neonazis ermuntert, ihren Terror zu verstärken, andererseits sind führende Politiker von SPD und FDP verunsichert.

Die einfachen Frauen und Männer lehnen eine Änderung oder Steichung des Artikels 16 GG ab.

Wer Grundrechte ändert, gegen den ist nach Artikel 20, 4 GG Widerstand zu leisten.

Willy Hundertmark

Auf die Sprache kommt es an

Die Rechtsextremisten, Faschisten wollten vergessen machen, daß die Antifaschisten zum Wohle des deutschen Volkes gehandelt (Präampel des BEG), sowie die Ehre Deutschlands verteidigt haben. Daran erinnerte unser Bundespräsident Richard v. Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum 40. Jahrestag von Faschismus und Krieg wörtlich:

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstands, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.

Das Wort dieser Frauen und Männer galt bei den Abfassungen der Verfassungen der Länder und des GG noch etwas.

Die freiheitlich demokratischen Grundrechte beinhalten die Erfahrungen von 12 Jahren Asyl, Zuchthaus, KZ und Vernichtung durch Arbeit, Gas und Genickschuß.

Wer die Grundrechte GG antastet, gegen den ist öffentlicher Widerstand notwendig (20,4 GG). Und da sollten die Medien mithelfen, denn auf die Sprache kommt es an.

Willy Hundertmark

Dies teilten wir der Presse mit

Es hieß am Wochenende 19./20.9.92,

Bonn plane den Einsatz von Spezialeinheiten der Polizei bzw. des Bundesgrenzschutzes, die die Massenabschiebung abwickeln werden.

Das Bundesinnenministerium dementierte.

Ein Sprecher räumte jedoch ein, daß das am 24.9.92 mit Rumänien unterzeichnete Abkommen "eine erleichterte Ausweisung erlaube".

Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten verurteilte die Bonner Pläne und fragte an, für welche Bundesländer die Bildung von Sonder-Einsatzgruppen zutreffe und ob wahr sei, daß eine große Zahl von Polizeibeamtinnen und -beamten freiwillig bereit sei, eine derartige Massenabschiebung zu realisieren.

Am 8. Oktober 1992 meldete der Weser-Kurier, daß Seiters 200 Feldwebel der Bundeswehr für die Anhörung von Asylbewerbern vor allem aus Bulgarien und Rumänien einsetzen will.

Aller Voraussicht nach werden alle Anträge dann schnell entschieden - und dann steht der Entfernung einer ganzen Volksgruppe aus diesem Land nichts mehr im Wege.

Wie zahlreiche prominente Bürger und Bürgerinnen unterstützt die VVN-BdA-Bremen e.V. NACHHALTIG die Forderung nach einem dauerhaften Bleiberecht für Roma.

Angesichts der Massenvernichtungspolitik europäischer Sinti und Roma durch das unselige NS-Regime, wäre dies ein Zeichen für den Beginn einer Wiedergutmachung.

Die VVN-BdA fordert vom Senat und von der Bürgerschaft der frien und Hansestadt Bremen, daß unser Bundesland Bremen sich jetzt und künftig NICHT an Abschiebungen beteiligt, und diese Haltung im Bundesrat und gegenüber dem Bundesinnenminister offensiv vertritt.

Grundrechte des GG

Das Grundgesetz erklärt die Menschenwürde für unantastbar (Artikel 1) und versteht die Bundesrepublik Deutschland als sozialen und demokratischen Rechtsstaat, in dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht (Artikel 20 Abs. 1 und 2). Es garantiert das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit der Person (Artikel 2), das Recht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft (Artikel 5), die Versammlungs- und Vereinsfreiheit (Artikel 8 und 9), die Unverletzlichkeit des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10), der Freizügigkeit (Artikel 11), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Artikel 12, die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13),. Der Artikel 3 bestimmt, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, die Gleichberechtigung von Mann und Frau gewährleistet werden muß und niemand wegen " seines/seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden " darf. Artikel 4 beinhaltet die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der Weltanschauung und das Recht, den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern (7).

Artikel 12 ist durch 12 a ergänzt, womit die Wehrpflicht eingeführt und der Artikel 4,3 umgangen wurde.

Die FDGO hatten die Herrschenden nur auf den Lippen, wenn es die anderen zu verteufeln galt.

Willy Hundertmark

Ein Brief aus Jena

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

entschuldigt bitte, daß ich jetzt erst dazu komme zu schreiben.

... Die Randale in Jena sind kaum noch zu ertragen. Menschen benehmen sich zum Teil wie Bestien, ohne Herz und Verstand, jagen und bekämpfen Menschen, die in großer Not sind, ihnen aber nichts getan haben. Es werden Andersdenkende brutal zusammengeschlagen, Reichskriegsflaggen und Hakenkreuzfahnen in ihren Aufmärschen geschwenkt und niemand tut etwas.

Wir können doch nicht wieder zusehen, wie Menschen vernichtet werden.

Unsere Menschen hier sind so stark frustriert, daß sie sich nicht mehr wehren gegen die Mieterhöhungen, sondern nur schimpfen.

Wir müßten gemeinsam Aktionen starten, aber es ist sehr schwer, mit unseren alten Menschen zu arbeiten.

Anläßlich der "Kristallnacht" haben wir einen Artikel in unsere Ortszeitung aufgegeben, in dem wir mahnen, nicht wieder zuzusehen, bis es zu spät ist.

In Jena sind immerhin 58 jüdische Männer und Frauen verschleppt und die Geschäfte zerschlagen und ausgeraubt worden.

Eure Zeitung wird in unseren gemeinsamen Zusammenkünften vorgetragen und dann recht rege diskutiert.

Warum bilden sich schon wieder viele linke Organisationen und Parteien? Wir vergeuden wieder unsere Kräfte.

Aber Schluß jetzt, liebe Grüße an die Kameradinnen und Kameraden in Bremen von den Jenaern.

Eure Wally

Irrwege der Deutschen Justiz? oder die Nichtbewältigung der eigenen Vergangenheit!

Die Justizbehörden gehen in ihrer Rechtssprechung sehr eigenartige Wege, je nach Bedarf bedienen sie sich der verschiedenen Rechtsverordnungen und Normen, sei es aus der Weimarer-Zeit oder der NS-Zeit. Dieses mag daran liegen, daß das Bürgerliche Gesetzbuch von der Kaiser-Zeit bis heute durch alle Regierungsformen übernommen wurde und stets neue Ergänzungen und Erweiterungen erfahren hat. Immer hat man den Standunkt vertreten, die Justizgerechtigkeit stehe über der jeweiligen Regierungsform, sei unabhängig von ihr.

Unter diesem Gesichtspunkt gesehen ist es auch zu verstehen, daß sich die Justizbehörden schwer damit tun, Urteile der NS-Zeit zu revidieren und die Betroffenen zu rehabilitieren. Nur unter dem Druck der Weltmeinung und der Prosteste hat man nach 1945 sehr zögernd und lasch mit der Entnazifizierung und Verurteilung begonnen, so daß noch heute über 4.000 Fälle nicht vor Gericht gestellt wurden. Kaum behandelt hat man die Fälle von Betroffenen des Justizskandals wie z.B. rassische, religiöse, körperlich und geistig Behinderte, sowie Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerer, Deserteure.

Die meist genannte Begründung bei der Ablehnung war und ist, die Verurteilung und Bestrafung der Betroffenen sei nach damaligen Geetzen begründet gewesen und somit rechtsn, weil die Betroffenen sich außerhalb des Rechts begeben hätten.

Wie ist so etwas möglich? Man muß dabei sehen, daß man nur einem Richter einen Prozeß machen wollte, dieser Richter entzog sich diesem Prozeß durch Freitod. Kein weiterer Prozeß, weder gegen Richter noch Staatsanwälte, wird angesetzt. Es wurden nur einige in den Ruhestand versetzt und bekommen noch heute ihr Geld.

Vor diesem Hintergrund kann man verstehen, warum die NS-Verbrecher nicht vor Gericht gestellt werden, warum man sie als für nicht vernehmungs- und haftfähig frei herumlaufen läßt.

Völlig anders verhält sich dagegen unsere Justiz in den neuen Bundesländern, dort müssen fast alle Menschen, besonders wenn sie auch nur kleine Postionen bekleidet haben, über die Gauckbehörde den Nachweis erbringen, nichts mit dem ehemaligen Regime, den Organisationen usw. zu tun gehabt zu haben. Menschen, die nach den Gesetzen der DDR gehandelt haben, werden wie Verbrecher behandelt. Menschen, die nach den Gesetzen der DDR bestraft wurden, sind und werden rehabilitiert und entschädigt.

Die Frage, die man sich stellen muß, ist doch die, ist unsere Justiz wirklich unabhängig oder dient sie der Regierung, genauso wie es auch die Justiz in der NS-Zeit gemacht hat?

Helmut Peters

Erst heucheln, dann meucheln

Am 8.11. fanden in Berlin offensichtlich 2 Demonstrationen statt, davon eine real auf der Straße und die andere im Fernsehen. Da ich an beiden teilgenommen bzw. sie gesehen habe, kann ich etwas zu dem Versuch sagen, beide zur Deckung zu bringen:

1. Version:
Die Bundesregierung rief zusammen mit der parlamentarischen Opposition zu einer Demonstration "Die Würde des Menschen ist unantastbar" auf. Sie waren sich dabei einig mit 300.000 Menschen. Alle waren "den Tränen nahe" als 300 "Extremisten" mit Eiern warfen und das Bild Deutschlands, das durch brennende Ausländerinnenheime beschädigt ist, noch weiter verunstalteten.

2. Version:
Berlins Straßen wimmelten **auch** von Menschen, die der Meinung waren, daß wer das Recht auf Asyl beschneidet und Menschen in Folterstaaten zurückschickt, seine Klappe halten soll, wenn es um die Würde des Menschen geht. Nie sah ich soviele selbstgemalte und -gebastelte Plakate und Transparente, die dies unmißverständlich zum Ausdruck brachten. Die Plakate, die im TV zu sehen waren und denen Weizsäcker entgegensah, waren von dieser Art.

Einen umfassenden persönlichen Überblick über die Stimmung vor Ort konnte man sich wegen der Massen nicht machen. Es waren aber auf jeden Fall Zehntausende, die die gnadenlose Heuchelei nicht mitzumachen bereit waren, und die sich **für** den Artikel 16 in seine jetzigen Gestalt und **gegen** die Regierungspolitik aussprachen.

Das Vorhaben der Regierung ist gescheitert. Als Ausgleich dafür wird mit geballter Medienmacht die Gelegenheit genutzt, die die Eigelbflecke auf Richies sauberer Weste bieten: eine erstaunliche Reetablierung der Totalitarismustheorie. Wie sehr einem dabei der unterscheidene Verstand abhanden kommen kann, demonstrierte Konrad Weiß vom Bündnis 90/Grüne. Er sprach von "autonomen Faschisten und ihren braunen Gesinnungsgenossen" (taz). Das Werfen ist bei ihm anscheinend das Kriterium für Faschismus: Es gibt eierwerfende autonome Faschisten, brandbombenwerfende braune Faschisten und vielleicht auch speer- oder diskuswerfende sportliche Faschisten?

Man kann über Sinn oder Unsinn von fliegendem Gemüse streiten, solange einem der qualitative Unterschied zu Molotowcocktails und Baseballschlägern klar bleibt. Es blieb einem CDU-Mitglied unbefangen, sich für die Würde des Menschen zu erklären und ich bin froh über jeden, der dies ernst meint. Nicht diese wurden beworfen, sondern diejenigen, deren praktizierte Politik es längst ist, den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes mit den Füßen zu treten.

Thomas

Das dünne Eis

Nach 45 Minuten Prozeß gegen 5 Mitglieder der Leitung der DDR konsensierten in- und ausländische Medien, der Prozeß bewege sich auf einer dünnen Eisdecke. Wie wahr! Bricht diese dünne Decke, dann wird sichtbar:

Die DDR ist ebensowenig vom Himmel gefallen wie vor 60 Jahren die braune Nazidiktatur. Die DDR ist ein Produkt der Kräfte, die die Gründung der BRD und damit die Spaltung betrieben haben. Es war doch wohl der Opa von Helmut Kohl, der im September 1953 verkündete, jetzt sei es Zeit, nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern von der Befreiung des Ostens zu reden und holte den Treuhand-Oberländer in sein Kabinett.

Unser und internationaler Protest zwang Oberländer zurückzutreten. Die Aufarbeitung der Fehler der Blockparteien ist nicht die Angelegenheit von Gerichten, sondern von Historikern guten Willens. Willy Hundertmark

Manifest gegen Rassismus und Diskriminierung

Genau in dem Moment, in dem sich Europa auf den Eintritt in die neue Etappe der politischen Währungsunion vorbereitet, gibt es neue Herausforderungen, wie sie noch vor fünf Jahren kaum vorstellbar gewesen wären. Im Zeitraum von zwei Jahren, von 1989 bis 1991, haben die Öffnung des europäischen Ostens, die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt und die teilweise gewaltsamen interethnischen Konflikte auf spektakuläre Weise klargemacht, daß die Idee eines vor den Erschütterungen der Welt geschützten Europas weitgehen illusorisch war.

Im Laufe der vergangenen Monate haben sich der Rassismus und Ausländerhaß verstärkt, vertieft und verallgemeinert. Der politische Einfluß der extremen Rechten wächst, die rassistischen Aggressionen vervielfachen sich, die AsylbewerberInnen werden in Lagern zusammengepfercht oder haben Aufenthaltsverbot, bedeutende politische Persönlichkeiten öffnen den Rechtsradikalen den politischen Raum und nehmen so das Risiko in Kauf, diese extremen intoleranten Positionen zu legitimieren. Dieser Weg kann nur zu einem Ende führen: den Faschismus.

Die Freizügigkeit ist nicht für alle garantiert: es ist schwieriger, die Grenze zu überschreiten, wenn man eine dunkle Hautfarbe hat. Die Marginalisierung nimmt zu und trifft Millionen von ImmigrantInnen; Arbeitslosigkeit, unwürdige Wohnbedingungen und unsicherer rechtlicher Status, dies bleiben alles ungelöste Probleme. Die AsylbewerberInnen werden massenhaft zurückgewiesen: "Europa kann ja nicht das Elend der ganzen Welt aufnehmen", dieser winzige Teil des gesamten Elends der Welt, der in Europa die Mittel sucht, um aus der Misere herauszukommen, wird freundlich - oder auch nicht so freundlich gebeten, zu gehen und anderswo zu sterben.

Vordringlich muß die bürgerliche und politische Gleichheit aller EinwohnerInnen Europas, ohne Unterscheidung der nationalen, ethnischen, kulturellen oder rassischen Abstammung gefördert werden. Es muß ab sofort eine Politik der offeneren Aufnahme von AsylbewerberInnen verfolgt werden, unter Berücksichtigung der jüngsten internationalen Entwicklungen. Es muß dringend die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit durch positive Maßnahmen bekämpft werden: denen mehr zu geben, die mehr brauchen. Es muß dringend gegen den Ethnozentrismus, Rassismus und Nationalismus in allen sozialen und kulturellen Sektoren gekämpft werden, insbesondere in dem Bildungssystem und in den Medien.

Emigrantenforum der EG, 10. Dez. 1991



Bundeskongreß der VVN, Oberhausen, 20.-23. März 1971

Rechtsradikalismus - Fremdenhaß - Neofaschismus

J E T Z T , wo schon wieder Häuser brennen und Menschen-Opfer zu beklagen sind - wo diese destruktiven, demokratiefeindlichen Kräfte NICHT MEHR zu ÜBERSEHEN sind - geben sich alle Parteien entsetzt und fordern die Bürger zur Wachsamkeit auf.
Dieselben Parteien haben in allen Jahren zuvor, seit Bestehen der BRD, ausgerechnet die Organisation, die seit 1945 kontinuierlich erinnert, warnt und mahnt - VVN-BdA -als VERFASSUNGS-FEINDLICH (ZUMINDEST "FEIND-VERDÄCHTIG") abgestempelt und nach Möglichkeit auch verfolgt. Gemeinsame Anstrenungen, seit 1945, von allen Bürgern UND Politikern, hätte vieles verhinde[illegible] können, was wir heute gemeinsam beklagen - v[illegible] ausgesetzt, es sind ernstgemeinte Sorgen. Daran HATTEN die Herren kein Interesse. HABEN SIE ES JETZT?

Fröhliche Weihnachten

Frieden auf Erden und den Menschen allen ein Wohlgefallen "Freuet Euch" . . .

. . . gestorben wird anderswo - im Heiligen Land. Das sehen wir nicht. Das hören wir nicht. "Das wissen wir nicht." Gott weiß es! Frieden sei mit Euch Ihr Kinder der Steine

(Umm Gardi)

Geburtstage im Dezember

Henning Harmsen	1. Dez.	68 J.
Emmy Matey	2. Dez.	81 J.
Anneliese Gumpert	3. Dez.	71 J.
Waltraud Drygalla	3. Dez.	67 J.
Friedrich Meyer	4. Dez.	89 J.
Georg Kusche	6. Dez.	91 J.
Willi Gerns	13. Dez.	63 J.
Alfred Matys	16. Dez.	90 J.
Paul Beermann	22. Dez.	93 J.
Paul-Egon Rodewald	23. Dez.	63 J.
Ernst Niehoff	24. Dez.	84 J.
Lorenz Schreimel	26. Dez.	79 J.
Walter Federmann	26. Dez.	69 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Wichtige Mitteilungen:

Unser Büro ist geöffnet:
Dienstags von 15.00-18.00 Uhr
Mittwochs von 15.00-18.00 Uhr
Donnerstags von 15.00-18.00 Uhr
Tag der Bürokasse und Beitragszahlungen
Beitragsbelege für das Finanzamt auf Anforderung

Jeden Montag von 17.00-18.00 Uhr tagt der Geschäftsführende Vorstand

Jeden 4. Montag von 19.00-22.00 Uhr der Landesvorstand
Alle Mitglieder können mit beratender Stimme teilnehmen.

Bekanntmachung Beratungsdienst
Jeden Donnerstag in der Zeit von 16.30 - 18.00 Uhr im Büro Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, in allen sozialen Fragen kann beraten werden. Wenn notwendig, wird auch Hilfe bei Behördengängen möglich sein.

Die Anschrift für alle Angelegenheiten:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.
Bürgermeister Deichmann Str. 26
2800 BREMEN 1
Tel.: 0421/38 29 14

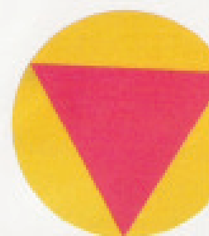
Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Alternative Rundgänge-Fahrten, Anmeldung auch unter Tel.: 61 12 62

Redaktionsschluß für den BAF am 15. eines jeden Monats.
Wichtige Mitteilungen und Artikel sind nach Absprache möglich.

V.I.S.d.P.: Willy Hundertmark

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

9. November 1992

Sie war eindrucksvoll und würdig, die Veranstaltung um 13 Uhr am Denkmal für die am 9. zum 10. November 1938 in Bremen ermordeten jüdischen Frauen und Männer.
Um 18 Uhr fanden in Bremen wie in ganz Deutschland weitere würdige Kundgebungen zum Gedenken an den Holocaus statt.
Nur in Rostock (nur?) schlugen 40 Neonazis mit Basebalgschlägern auf Frauen und Männer ein, die am Gedenken teilgenommen hatten.
Die Neonazis dokumentierten damit erneut:
Sie achten die Würde der Menschen ebenso wenig, wie die Altnazis in der Zeit von 1933 - 45.
Dies ist die Spur der Altnazis:
Erst brannte der Reichstag, dann die Bücher, dann die Synagogen und dann brannten die Menschen.
Darum sagten die Väter des GG:
Punkt 1 muß sein und bleiben,

Die Würde des Menscheb ist unantastbar

Die Mehrheit der 350 000 Frauen und Männer forderte am 8. Nov. 92 in Berlin:
Artikel 16 das Menschenrecht auf Asyl muß bleiben. Dieser Wille der Mehrheit wurde geschändet.
Wir fragen uns, wer ist daran interessiert Veranstaltungen zur Verteidigung der Würde des Menschen umzufunktionieren?
Wir fragen uns, wer wollte nicht deutlich werden lassen, daß die Mehrheit sagt, wer an den Grundrechten bastelt, bastelt an der Demokratie. Was soll ein Sonderrecht:
Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist nach Artikel 16 2 sowieso garantiert. Und die Flüchtlingskovention ist internationales Recht,
Es gilt, die Grundrechte des GG zu verteidigen, daß ist antifaschistische Aufgabe.

Bremen den 11.11.1992

ViSdP.Willy Hundertmark